Internationales/IPCC-Bericht: Weltklimarat legt Bericht zum Klimawandel vor

Internationales/IPCC-Bericht: Weltklimarat legt Bericht zum Klimawandel vor
  Altmaier ruft zu entschlossenem Handeln auf Wanka: Klimaforschung bleibt PrioritätGemeinsame Presseerklärung von Bundesumweltministerium, Bundesforschungsministerium und Umweltbundesamt
Bundesumweltminister Peter Altmaier und Bundesforschungsministerin Johanna Wanka werten den neuesten Bericht des Weltklimarats als untrügliches Zeichen dafür, dass der Klimawandel voranschreitet. "Der IPCC zeigt der Weltgemeinschaft, dass ein ambitionierter Klimaschutz unumgänglich ist", unterstrich Altmaier nach der Vorstellung des Berichts des Weltklimarats IPCC heute in Stockholm. "Forschung ist der Schlüssel zum Verständnis des Klimawandels. Der IPCC-Bericht ist der weltweit bedeutendste Sachstandsbericht zur Klimaforschung", betonte auch Wanka.
Der jetzt vorgestellte Bericht ist der erste Teil des fünften IPCC-Sachstandsberichts. An ihm wirkten hunderte von Wissenschaftlern mit, auch 40 Forscher aus Deutschland waren daran beteiligt.
Der IPCC stellt im Auftrag der Vereinten Nationen in seinen Berichten den aktuellen wissenschaftlichen Sachstand der Klimaänderung fest. Die Ergebnisse der internationalen Klimaforschung bestätigen unzweifelhaft, dass der Klimawandel voranschreitet. Im gesamten Klimasystem finden vielfältige Veränderungen statt: Nicht nur die Temperatur der unteren Atmosphäre steigt, auch die Ozeane werden wärmer, Gletscher tauen, Permafrostböden erwärmen sich, Eisschilde verlieren an Masse, der Meeresspiegel steigt weiter an. Mit großer Sicherheit wird auch bestätigt, dass von Menschen verursachte Treibhausgase für den größten Teil der beobachteten Klimaänderung verantwortlich sind. Um die globale Erwärmung zu begrenzen, müssen Treibhausgasemissionen erheblich gemindert werden.
Bundesumweltminister Peter Altmaier forderte mehr Ehrgeiz beim Klimaschutz:
"Mit entschlossenem Handeln können wir eine Erwärmung um mehr als 2 Grad noch verhindern. Das ist eine wichtige Botschaft für die internationalen Klimaschutzverhandlungen. Es gilt, bis 2015 ein neues ambitioniertes Abkommen auszuhandeln. Die EU muss hier die Führung übernehmen. Darum müssen wir dringend den Emissionshandel stärken, das EU-Klimaschutzziel anschärfen und für 2030 ein ambitioniertes Klimaschutzziel vereinbaren." Auch für die nationale Klimapolitik seien die IPCC-Ergebnisse von unmittelbarer Bedeutung. "Die Bundesregierung hat sich mit dem Energiekonzept ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt. Das Ziel, die Emissionen in Deutschland bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken, ist auf Berechnungen des IPCC zurückzuführen.
Mit der Energiewende haben wir den schrittweisen und langfristig angelegten Umbau unserer Energieversorgungssysteme begonnen. Der Klimaschutz ist - neben dem Atomausstieg - ein entscheidender Treiber für diesen Umbau."
Die Bundesforschungsministerin Johanna Wanka sagte in Berlin: "Es wird deutlich, dass noch nicht alle Fragen zum Klimawandel abschließend beantwortet sind. Wir dürfen daher in unserem Engagement bei der Klimaforschung nicht nachlassen. Hier sehe ich weiterhin eine klare Priorität bei der Forschungsförderung." Seit dem letzten IPCC-Bericht hat das BMBF rund 490 Millionen Euro in die Klimaforschung investiert.
Wanka betonte, dass der neue Bericht wichtige Anhaltspunkte liefert, wo noch Forschungslücken bestehen. "Wir werden den Bericht jetzt genau auswerten und prüfen, wo durch gezielte Forschungsförderung die Wissenschaft in die Lage versetzt werden kann, die noch fehlenden Antworten zu liefern."
Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes, verwies auf zentrale Aussagen des Berichts: "Die globale Mitteltemperatur der unteren Atmosphäre ist seit Ende des 19. Jahrhunderts bereits im Mittel um 0.85 Grad Celsius gestiegen. Jedes der drei vergangenen Jahrzehnte war wärmer als alle vorhergehenden seit 1850. Auch viele extreme Wetterereignisse zeigen Veränderungen, so sind Hitzewellen in einigen Regionen häufiger aufgetreten." Infolge der fortgesetzten Tauprozesse von Gletschern und Eisschilden und der Ausdehnung des erwärmten Ozeanwassers stieg der globale mittlere Meeresspiegel im Zeitraum von 1901 bis 2010 um etwa 19 Zentimeter. Dessen Anstieg hat sich in den letzten 20 Jahren sogar noch beschleunigt. Im letzten Jahrzehnt ist sechsmal so viel Grönlandeis geschmolzen wie in den 10 Jahren davor. "Die Aussagen des Weltklimaberichts sind gegenüber dem letzten Bericht von 2007 noch sicherer und fundierter geworden. Sie zeigen einen großen Handlungsbedarf auf."
Prof. Dr. Peter Lemke vom Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar und Meeresforschung, ergänzte: "Aussagen über mögliche künftige Entwicklungen des Klimas sind auf der Grundlage von erweiterten und verbesserten Modellen belastbarer und sicherer geworden. Ein weiterer ungebremster Ausstoß von Treibhausgasen ließe an vielen Stellen des Klimasystems deutliche Veränderungen erwarten, wie sie seit hunderten bis tausenden von Jahren nicht aufgetreten sind." Dazu zählen Niederschläge, Eis und Schnee, einigen Extremwetterereignisse, Meeresspiegelanstieg und Versauerung der Ozeane. Alle Regionen der Erde wären betroffen. Viele der Änderungen im Klimasystem blieben für Jahrhunderte bestehen, auch wenn keine Treibhausgase mehr freigesetzt würden.
Der Bericht stellt fest, dass der globale Temperaturanstieg in der bodennahen Luft in den vergangenen 15 Jahren langsamer war, als in den Jahrzehnten davor. Daraus kann man aber nicht auf eine Abschwächung des globalen Klimawandels schließen. Denn es handelt sich dabei nur um kurzfristige Veränderungen, die vor allem auf natürliche Schwankungen zurückgehen und den langfristigen Erwärmungstrend überlagern. Darüber hinaus belegen das Schmelzen der Gletscher, die Erwärmung der Ozeane, das Schmelzen des arktischen Meereises und viele andere Größen die weitere Erwärmung des Klimas.
Der Bericht ist der erste von 3 Teilbänden des 5. IPCC-Sachstandsberichtes. Der zweite Band beschäftigt sich mit den Folgen des Klimawandels und Fragen der Anpassung, der dritte mit den Handlungsoptionen zur Vermeidung weiterer Treibhausgasemissionen. Ihre Veröffentlichung ist für Ende März und Mitte April 2014 geplant.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 305-2010
Telefax: 030 18 305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: http://www.bmu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=545919" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Bundesumweltministerium stellt sich vorDas Bundesumweltministerium besteht seit 1986 und ist verantwortlich für die Umweltpolitik der Bundesregierung. Offiziell trägt das Ministerium den Namen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; häufig wird jedoch - wie auf dieser Internetseite - die Abkürzung BMU oder die Kurzform Bundesumweltministerium verwendet.An seinen beiden Dienstorten Bonn und Berlin beschäftigt das Ministerium insgesamt ca. 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sechs Abteilungen. Seit 2012 wird das Ministerium von Bundesumweltminister Peter Altmaier geleitet. Er wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt durch den beamteten Staatssekretär Jürgen Becker sowie die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Ursula Heinen-Esser und Katherina Reiche.Was sind die Aufgaben des Bundesumweltministeriums?Das Ziel der Umweltpolitik ist es, uns und den nachfolgenden Generationen ein gesundes Lebensumfeld zu erhalten oder zu schaffen. Die Umweltpolitik der Bundesregierung umfasst deshalb viele verschiedene Bereiche, in denen das Ministerium Ziele formuliert, Entscheidungen trifft und Gesetze vorbereitet.Das Bundesumweltministerium setzt sich vor allem für den Klimaschutz, den Erhalt der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten, den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie sowie den Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umweltbelastungen ein. Dabei folgt die deutsche Umweltpolitik stets dem übergeordneten Leitbild der Nachhaltigkeit. Das bedeutet, umweltbewusst, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial gerecht zu leben und zu handeln. Das Ziel ist also, heutige Bedürfnisse so zu befriedigen, dass auch kommenden Generationen die Chance bleibt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.Auch in der internationalen Umweltpolitik ist das Bundesumweltministerium aktiv. Zu den größten weltweiten Herausforderungen gehören der Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt. Wegen seines engagierten Einsatzes für die Umwelt gilt Deutschland international als Vorbild.